

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

17.04.2026: Ein Schiffbruch nach dem anderen – Europas Mitschuld am Sterben im Mittelmeer

Massives Sterben im Frühjahr 2026: allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2026 sind über **700 bis 800 Menschen** im Mittelmeer ertrunken. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer im Vergleich zum **Vorjahreszeitraum** mehr als verdoppelt.

In einer einzigen Nacht Ende März/Anfang April starben **19 Menschen vor Lampedusa, darunter auch Kinder**. Die NGO **Sea-Watch** geht davon aus, dass **innerhalb von nur drei Tagen mehr als 100 Menschen** im Mittelmeer ihr Leben verloren haben. Ein weiterer **Fall Anfang April** zeigt zudem, wie eng unterlassene Rettung und politisches Wegsehen miteinander verknüpft sind: 44 Menschen erreichten Lampedusa erst, nachdem sie fünf Tage lang auf der verlassenen Ölplattform Didon (ca. 75 km vor der Küste Tunesiens im Golf von Gabès) festsaßen, da sie nach ihrer Abfahrt aus Libyen in Seenot geraten waren. Laut den Überlebenden blieben Hilferufe unbeantwortet, obwohl **Alarm Phone** die Behörden bezüglich des **Notfalls bereits alarmiert hatte**. **Sea-Watch** kritisierte den Fall deshalb als weiteres Beispiel dafür, dass Rettung nicht rechtzeitig organisiert und zivile Hilfe stattdessen strukturell behindert wird. Nur wenige Tage später **kenterte erneut ein Boot** nach der Abfahrt aus Libyen, dabei wurden 32 Menschen gerettet, während mehr als 70 weitere als tot oder vermisst gelten. Über genaue Zahlen und die uns bekannten Hintergründe diesbezüglich haben wir in der letzten Ausgabe der **CMI** berichtet, in diesem Report informieren wir monatlich über die Geschehnisse auf dem zentralen Mittelmeer und ordnen diese ein. Da jedoch derzeit auch auf dem Land breiter zu dem Thema diskutiert wird, greifen wir es hier auf und richten den Fokus dabei auf den politischen Diskurs über das Sterben auf dem Mittelmeer.

So gibt es insbesondere seit Beginn dieses Jahres eine hohe Dunkelziffer an sogenannten „silent deaths“ oder „**invisible shipwrecks**“, also Fällen, in denen Seenot gemeldet wird, danach jedoch der Kontakt abbricht, keine weiteren Informationen zugänglich sind und das Schicksal der Betroffenen nach einem ersten Notruf im Unklaren bleibt. Ganze Boote verschwinden spurlos, ohne dass nachvollziehbar ist, ob überhaupt Rettungsmaßnahmen eingeleitet wurden. Damit verschwinden viele Menschen nicht nur physisch im Mittelmeer, sondern bleiben auch nach ihrem Tod namenlos und ohne Identifizierung. In diesem Zusammenhang forderte der sizilianische Staatsanwalt Salvatore Vella am 8. April 2026 im Europäischen Parlament in Brüssel **bessere Möglichkeiten zur Identifizierung** geborgener Leichen und vermisster Migrant*innen, darunter eine gemeinsame öffentliche Datenbank sowie internationale Anlaufstellen für Angehörige. Diskutiert wurde dies im Rahmen der Veranstaltung „**Das Recht auf Identität: hin zu einem europäischen Rahmen für verschwundene Migrant*innen**“, die vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Abgeordneten aus dem progressiven Spektrum getragen wurde. Dass solche Forderungen bislang vor allem aus der Zivilgesellschaft kommen, ist nicht zufällig: Denn die konkrete Such-, Identifizierungs- und Erinnerungsarbeit wird bis heute vielfach von Angehörigen, Initiativen und NGOs übernommen, etwa von **Memoria Mediterranea**, statt institutionell

verlässlich abgesichert zu sein. Zugleich fand die Initiative in einem stark polarisierten parlamentarischen Umfeld statt: Erst im März hatte das Europäische Parlament eine deutlich [verschärfte Rückführungspolitik](#) beschlossen, unterstützt insbesondere von konservativen und rechten Kräften. So bleibt ein großer Teil der Toten statistisch, institutionell und gesellschaftlich unsichtbar – und wird letztlich vergessen.

Wie sehr diese Arbeit bis heute an der Zivilgesellschaft hängen bleibt, wird auch in unserem Magazin [„Streiflicht Italien: Verlorene Leben, unerzählte Geschichten“](#) aufgegriffen: Es erzählt von Menschen, die auf der Flucht über das Mittelmeer sterben – oft namenlos, ohne Abschied und ohne öffentliche Aufmerksamkeit – und von den Angehörigen, die Jahre später noch um Aufklärung, Würde und Erinnerung kämpfen müssen. Im Zentrum stehen nicht nur die Folgen unterlassener Rettung, sondern auch das strukturelle Versagen staatlicher Institutionen: wenn Leichen anonym verscharrt werden, Behörden nicht handeln und Menschenwürde nur noch durch das Engagement Einzelner verteidigt wird. Organisationen, die sich (neben anderen Bereichen) für die Suche und Dokumentation von Vermissten einsetzen sind unter anderem: [UNITED for Intercultural Action](#), [Deutsches Rotes Kreuz – Tracing Service](#), [Italienisches Rotes Kreuz \(CRI\)](#) [International Committee of the Red Cross \(ICRC\)](#) – [Restoring Family Links](#), [Alarm Phone](#).

Zunehmend rückt auch die [Mitschuld europäischer Regierungen](#) stärker in den politischen Fokus und in öffentliche Diskurse. Dabei beginnt diese Verantwortung nicht erst auf dem Meer: Schon das weitgehende Fehlen sicherer und legaler Einreisewege ist Ergebnis politischer Entscheidungen, die Menschen überhaupt erst auf die lebensgefährliche Route über das zentrale Mittelmeer drängen. Die unterlassene staatliche Seenotrettung und die systematische Behinderung ziviler Seenotrettung bilden insofern nur die Spitze des Eisbergs – sie sind Teil einer Politik, die Schutzsuchende den tödlichen Gefahren der Überfahrt schutzlos aussetzt. Deutschland wird in diesem Zusammenhang unter anderem dafür kritisiert, Gelder für die zivile Seenotrettung [zugunsten von Rüstungsausgaben](#) gestrichen zu haben. Auch Italien behindert durch Verordnungen, Dekrete und politische Hetze die Arbeit ziviler Seenotrettungsorganisationen und sanktioniert NGOs immer wieder – obwohl Gerichte diese Praxis nachträglich wiederholt als rechtswidrig eingestuft haben. Darüber hinaus werden mediale Berichterstattung und [unabhängige Dokumentation](#) zunehmend erschwert oder nachträglich unsichtbar gemacht – etwa durch lückenhafte Informationen, das Fehlen transparenter Statistiken oder den erschwerten Zugang zu belastbaren Daten über das, was auf den Fluchtrouten im Mittelmeer geschieht und welche Akteure dazu beitragen, dass Massensterben, Gewalt und Verschwinden fortbestehen. Die Wahrnehmung dieser Katastrophen wird damit auch durch eine gezielte Informationspolitik geprägt: [Medienschaffende stehen vor immer größeren Hürden](#), genaue Informationen über Rettungseinsätze oder Schiffbrüche zu erhalten, was eine unabhängige Aufarbeitung der Situation massiv erschwert. Heuchlerisch wirken diese Dynamiken in einer Phase, in der die italienische Regierung ihre Migrationspolitik als Erfolgsgeschichte inszeniert. Gerade während politisch [„Rekorde“ bezüglich der restriktiven Richtung der Migrationspolitik](#) gefeiert werden, zeigen Auswertungen, dass die Zahl der Toten und Vermissten auf der zentralen Mittelmeerroute keineswegs im gleichen Maß zurückgeht, sondern im Gegenteil dramatisch hoch bleibt beziehungsweise im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen ist.



Insgesamt lässt sich (wieder einmal) festhalten: Das Sterben im Mittelmeer darf nicht als Schicksal verstanden werden, sondern muss als direkte Folge politischer Entscheidungen benannt werden. Dieser Appell muss immer wieder, immer lauter und mit wachsender Deutlichkeit wiederholt werden, bis er all jene erreicht, die politische Verantwortung tragen. Dass politische und öffentliche Diskurse inzwischen zunehmend die Mitschuld europäischer Regierungen und Institutionen benennen, ist wichtig und notwendig. Gleichzeitig muss deutlich bleiben, dass bereits viel zu viele Menschen gestorben sind, bevor diese Aufmerksamkeit und die längst überfälligen Schuldzuweisungen überhaupt lauter und bewusster ausgesprochen wurden. Europäische Regierungen tragen nicht erst jetzt Verantwortung, da 2026 als tödlichster Jahresanfang seit Jahren gilt; ihre Mitschuld liegt in politischen Entscheidungen, gesetzlichen Verschärfungen, unterlassener Seenotrettung und systematischer Abschottung, die seit Langem den Rahmen für dieses Sterben geschaffen haben. Gerade deshalb müssen die Narrative über das Sterben im Mittelmeer weiter hinterfragt und verändert werden. Nur so lässt sich [gegen ein System vorgehen](#), das auf Abwehr, anstatt auf Seenotrettung und das Recht auf Asyl setzt. Notwendig wäre stattdessen eine [strukturierte europäische Rettungsmission](#), sichere und legale Zugangswege sowie eine grundlegende Abkehr von der Abschottung der „[Festung Europa](#)“.